

110 - 4 - 447

19. Januar 1945.

Prag, 19. Januar 1945.

G.Z.: 1898/45

Ministeramt
 Schriftlich
 Eing.: 20 JAN. 1945
 Präs. IV - Bw
 Ständarten-Führer Dr.

An den

Deutschen Staatsminister für Böhmen
 und Mähren, Abt. Fernschreiben,
Prag IV, Czernin-Palais.

Betr.: Fs. an den Landespräsidenten in Mähren,
 Reichsauftragsverwaltung, Brünn.

Vorg.: telef. Rücksprache v. 19.1.1945.

Die Kohlenwirtschaftsstelle für Böhmen und Mähren be-
 bestätigt hiermit, folgendes Fs. durchgegeben zu haben:

"An den
 Landespräsidenten in Mähren,
 Reichsauftragsverwaltung,
 Herrn Dr. M a r k
B r ü n n .

Fs. an Deutschen Staatsminister an Kohlenwirtschafts-
 stelle dem Unt. Zeichner abgegeben. Von Zuckerfabrik
 Sokolnitz können 100.- t für Hausbrand abgegeben werden.
 Vorrat 700.- t Zuckerfabrik Austerlitz für Fernheizwerk
 Brünn als Notreserve vorgesehen. Freigabe also nur zu
 Lasten dieses Werkes möglich. Bitte um dortige Entscheidung
 Mit Sudetensyndikat vereinbart, dass in den nächsten Tagen
 Ganzsüß Hausbrand Brünn verladen wird.

Kohlenwirtschaftsstelle
 ges. Dr. Eilers"

Jan Vojny 23.5.1945

28782

IV M - 21 a / 45

Fernschreibstelle

St. Staatsmin. Nr. *18*

Minist.amt
Eing.: 18. JAN. 1945 *2*

Fernschreibname

Laufende Nr.

Angenommen:
Aufgenommen:

Befördert:

Datum: *18.1.45* 19 *45*

Datum: _____ 19 _____

um:

um: _____

von: *St. M.*

an: _____

durch: *Murphy*

durch: _____

Rolle: _____

Vermerke:

LVM BRN FS NR. 27 18.1.1945 13.05 =====

Fernspruch:

DRINGEND ==

Abgabestelle / Abgabedatum / Ort

SOFORT VORLEGEN =====

Vermerke für Beförderung vom Absender auszufüllen

AN DEN DEUTSCHEN STAATSMINISTER FUER ^{ngsort)}
BOEHMEN UND MAEHREN SS- OBERGRUPPENFUEHRER
K. H. FRANK

GENERAL DER WAFFEN SS UND POLIZEI
IN PRAG .-

===== BETRIFFT: KOHLENLAGE IN BRUENN.--

OBERGRUPPENFUEHRER .'

DIE DEN BRUENNER KOHLENHAENDLERN AUFGETRAGENE
MELDUNG IHRER BESTAENDE HAT ERGEBEN,
DASS DIE KOHLENVORRAETE IN BRUENN AEUSSERST GERING
UND KOHLENBEWIRTSCHAFTUNG IM BISHERIGEN UMFANGE NIUR ^{abers}
MEHR AUF 4 TAGE MOEGLICH IST. BETRIEBE DER

St. M. IV 11-2 1/45

2a

BAECKEREIEN, GASTWIRTSCHAFTEN UND KRANKENHAEUSER

DADURCH BEDROHT. ZUCKERFABRIK SOKOLNITZ KOENNTE 300 T

KOHLE UND ZUCKERFABRIK AUSTERLITZ 700 T KOHLE

ABGEBEN, DA ZUCKERKAMPAGNE DORT BEREITS BEENDET.

AUCH NACH ABGABE DIESER KOHLE WUERDE IN
GENANNTEN BETRIEBEN WEITERE GENUEGENDE VORRAETE

VERBLEIBEN. ICH ERBITTE DRINGENDST ERMAECHTIGUNG,

DIESE 1 000 T KOHLE VON SOKOLNITZ, BEZW. AUSTERLITZ ZUR

KOHLNVERSORGUNG NACH BRUENN ABZUDISPNIEREN.

TRANSPORTFRAGE KANN OERTLICH LEGOEST WERDEN.

=== DER LANDESPRAESIDENT IN MAEHREN -

REICHAUFTRAGSVERWALTUNG -

I. V. GEZ. DR. MARCUS ++++++ ++

Handwritten in green ink:
sind in Händen
Eiler vorfindigen!

Handwritten in green ink:
1787

Handwritten in blue ink:
44. 01. 1945
gegen Erhebung von Steuern



58781

Handwritten in blue ink:
/ 787 - 45

Der Wehrmachtbevollmächtigte beim Deutschen
Staatsminister für Böhmen und Mähren und
Befehlshaber im Wehrkreis Böhmen und Mähren.

Az.: IVa 63 p 14/45 D II.3

8. Februar

3
45

Ministeramt

Eing.: 12. FEB. 1945

An den

Deutschen Staatsminister für
Böhmen und Mähren, Abt. VIII

PRAS II

nachr.: Kohlenwirtschaftsstelle

PRAS

Wehrmachttransportkommandantur

PRAS

Chef des Ministeramtes

PRAS

Leiter der Abt. V des
Deutschen Staatsministers

PRAS

Betr.: Kohlenversorgung der Wehrmacht.

Bezug: Dort. Schreiben Az. Nr. VIII/1e-V-7001/45 v. 23.1.1945.

In dem Bezugsschreiben wird der Dienststelle des W Bv und der WV Böhmen/Mähren der Vorwurf eines unverantwortlichen Vorgehens gemacht. Solche durch nichts begründete Behauptungen werden zurückgewiesen. Es wäre zweckmäßig gewesen, ehe haltlose Beschuldigungen erhoben werden, vorher bei der hierfür zuständigen WV Böhmen/Mähren sich über die Sachlage zu erkundigen, was auch für die Zukunft angeregt wird.

Zur Sache selbst wird festgestellt: Die infrage stehenden 5 Braunkohlzüge waren nicht "zur Beheizung von Unterkunftsräumen in Milowitz" bestimmt, sondern dienen für die Versorgung mit Brennstoff nicht allein von "Unterkünften", sondern in erster Linie von Truppenküchen, Werkstätten und Lazaretten für das gesamte Protektorat. Aus transporttechnischen Gründen wurden ganze Kohlenzüge aus dem sudetendeutschen Braunkohlgebiet durchgezogen und erst im Protektorat aufgeteilt. Dieses Verfahren hat sich bestens bewährt. Zu einem scharfen Durchgreifen liegt keine Veranlassung vor. Die Kohlenversorgung wird im Monat Februar usw. in gleicher Form durchgeführt, wobei bemerkt wird, daß sich der Bedarf außerordentlich erhöht hat, da zahlreiche Feldtruppen und Lazarette hinzugekommen sind.

Für den Wehrmachtbevollmächtigten
beim Deutschen Staatsminister und
Befehlshaber im Wehrkreis B5/MI.
Der Wehrkreisintendant

zum Vorzug 13. II. 1945

Musch
Generalabsintendant

St. M.

IV M - 2² a/45

VIII/1e-V-7001/45

Vertraulich !

An den
Wehrmachtbevollmächtigten beim
Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren und
Befehlshaber im Wehrkreis Böhmen und Mähren
Prag

Ministeramt
25 JAN. 1945

nachr

an den Chef des Ministeramts in Hause
" Leiter der Abteilung V in Hause
die Kohlenwirtschaftsstelle Prag
" Transportkommandantur Prag

Betr: Kohlenlage

Die Kohlenversorgungslage in Böhmen und Mähren ist aus verkehrlichen Gründen bekanntlich derart bedrängt, dass wichtige Versorgungsbetriebe, wie Gas- und Elektrizitätswerke, Molkereien, Bäckereien sowie Rüstungsbetriebe und Krankenhäuser, die nicht ausreichend bevorratet waren, zum Teil bereits ohne Kohle sind. Mit Rücksicht auf die Ihnen bekannten Sonderleistungen der Eisenbahn ist es zur Zeit gänzlich ausgeschlossen, alle vordringlichen Kohlentransporte zu fahren. Es ist deshalb n.B. unverantwortlich, wenn nach einer mir zugegangenen Mitteilung vom sudetenländischen Braunkohlenrevier 5 geschlossene Kohlenzüge für die Wehrmacht zur Beheizung von Unterkunftsräumen in Milowitz auf Vollfahrtnummer befördert werden. Ich habe bei der Transportkommandantur Prag festgestellt, dass die Angaben zutreffen, ein Zug am 19.1.45 auf die Vollfahrtnummer 76 507 798 bereits gefahren worden ist und weitere 4 Züge auf die Vollfahrtnummer 76 507799-802 im Abstand von je 2 Tagen folgen. Der erste transportmässig bearbeitete Zug war der Transportkommandantur Prag nicht vorgemeldet worden.

Ich erkenne hierin eine einseitige Bevorteilung einer Wehrmachtstelle aufgrund einer der Wehrmacht in erster Linie für andere Zwecke eingeräumten transportmässigen Vorzugsstellung, die sich zur Zeit verkehrsmässig und vor allem versorgungsmässig auf Kosten anderer vordringlicher Kohlentransporte auswirken muss.

Ich bitte im Interesse der gerechten Steuerung der Belange der einzelnen Bedarfsträger durch die Kohlenwirtschaftsstelle Prag um scharfes Durchgreifen, wobei Einschränkungen und Ausfälle auf allen Gebieten nicht zu verhindern sind.

Im Auftrage:
gez D a n c o

Beglaubigt:

Kinyaiel
Angestellte



Zimm Vorzugung 31. I. 1945
mi

St. M. IV K-2-2/45

20 I. 1945

Reichskommissar

für die

Behandlung feindlichen Vermögens

II 721/296
163-166,170

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben

Berlin W 8, den 12. Januar 1945

Mauerstraße 43

Fernsprecher: 11 00 44 (Reichsjustizministerium)

Auswärts: 11 05 16

z.Zt. (10) Bad Schandau, Markt 21
Fernruf: 397

15. II. 45

Ministerium
15 JAN. 1945

Betrifft: Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-
Gewerkschaft in Mährisch Ostrau.

Jhr Zeichen: St.M. 563/437/44.

Das Auswärtige Amt hat mit Schreiben vom 31. Dezember 1944 -R 19 645- erklärt, daß es gegen die Bestellung des Ministers a.D. Dr. Guido Schmidt zum Verwalter der Gewerkschaft sowie gegen eine Erweiterung der bestehenden Verwaltung dahin, daß dem Verwalter die Funktionen der Direktion der Gewerkschaft übertragen werden, keine Bedenken habe. Auch der Herr Reichsminister der Finanzen, der zunächst mit seinem Schreiben vom 10. Juli 1944 -4003 O/Pr. 987 V- ebenfalls Bedenken erhoben hatte, hat jetzt der Verwalterbestellung Dr. Schmidts und der Erweiterung der Verwalterbefugnisse zugestimmt.

Jch habe, da auch seitens der übrigen Reichsressorts Bedenken nicht mehr erhoben worden sind, bei dem Herrn Reichsminister der Justiz beantragt, Rechtsanwalt und Notar Dr. Philipp Möhring in Berlin als Verwalter der Gewerkschaft abuberufen und Minister a.D. Dr. Guido Schmidt in Berlin-Dahlem, Miquelstrasse 16, zum Verwalter der Gewerkschaft mit der Maßgabe zu bestellen, daß er zu allen gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäften und Rechtshandlungen befugt ist, die der Betrieb des Unternehmens mit sich bringt. Jch habe jedoch gebeten, die Befugnisse des Verwalters dahin einzuschränken, daß er

- 1) in allen wichtigen Angelegenheiten, insbesondere in den in Nr. 21 Abs. 2 und 4 der Allgemeinen Verfügung des Herrn Reichsministers der Justiz vom 20.6.1940 genannten, meine vorherige Zustimmung einzuholen hat,
- 2) auf die laufende Geschäfts- und Betriebsführung, die den HGW. obliegt, nur dann Einfluß nimmt, wenn ich ihm hierzu ausdrücklich Weisung erteile oder die Einflußnahme ausdrücklich billige,

3)

An

den Herrn Deutschen Staatsminister
für Böhmen und Mähren

P r a g

St. M. IV N-3/45

3) nicht gleichzeitig als Beauftragter der HGW in ihrer Eigenschaft als Betriebsführer der Gewerkschaft tätig werden darf.

Sobald Minister a.D. Dr. Guido Schmidt als Verwalter der Gewerkschaft bestellt worden ist, werde ich den Beirat durch Wehrwirtschaftsführer Faber in Lettowitz in Mähren ergänzen und Obersturmbannführer Oberlandratsinspekteur Dr. Jonak in Mährisch Ostrau zum Vorsitz der Beirats bestellen. Auch werde ich veranlassen, daß der Beirat umgehend zu einer Sitzung zusammentritt.

Dr. Krohn

Beglaubigt:



Justizangestellte



37093

5a

den Herrn Reichsminister
für Arbeit und Wohlfahrt

2491 Abschrift Nr 191645B

Berlin, den 5. Januar 1945

Auswärtiges Amt

00000 VEREINLICH

R 19 645

Betr.: Witkowitz Berbau- und Eisenhütten-
Gewerkschaft Mährisch-Ostrau.

Gegen die Bestellung des Ministers a. D. Guido Schmidt
zum Verwalter der Gewerkschaft sowie gegen eine Erweiterung
der bestehenden Verwaltung dahin, dass dem Verwalter auch
die Funktionen der Direktion der Gewerkschaft übertragen wer-
den, bestehen keine Bedenken.

Im Auftrag
gez. Albrecht

An
den Herrn Reichskommissar für die
Behandlung Feindlichen Vermögens.



Auswärtiges

24/10 C - M W

87045

6

6a

Berlin, den 5. Januar 1945

Berlin, den 5. Januar 1945

R 19 645

17.9. 1. 1945

M. L. 19.1.45

EINGEGANGEN
15 JAN 1945 V. 000290

Herr Reich

Abschriftlich

44. Sozial. Gesetz

Land Minister

dem Herrn Deutschen Staatsminister
für Böhmen und Mähren

der bestehenden Verletzung

dem Herrn Reichsminister der Finanzen
z.Hd.von Herrn Min.Rat Schwandt

M. 1941

besonders -
zur Kenntnis übersandt.

L. 741 - 44.

Im Auftrag
gez. Nörning

37042



Beglaubigt
den Herrn Reichskommissar
Konsultssekretär



St. M. IV M-3a/45

Zum Vortrag 23.1.1945 M

An das Ministeramt zur gelegentlichen Vorlage
an den Herrn Staatsminister.

Prag, den 16. Januar 1945

Der Abteilungsleiter V

16. JAN. 1945

91/45g

St. M. IV M - 3¹ / 45g

DER MINISTER
FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT

PRAG, den 11. Januar 1945.
II, RUDOLFS-PLATZ 4

- Nr. 19/45 g -

Geheim

Herrn

Staatsrat Paul Pleiger

Berlin.

Binschreiben!

Betr.: Witkowitz Bergbau- und
Eisenhüttengewerkschaft.

Anlage.

Sehr geehrter Herr Staatsrat!

In der letzten Zeit habe ich mich wegen des Arbeitseinsatzes und der Lohnordnenden Massnahmen eingehender mit den Verhältnissen in den Witkowitz Eisenwerken befassen müssen. Dabei sind mir Tatsachen bekannt geworden, die ernstliche Sorgen für den Fortschritt der Fertigung im Südbau rechtfertigen und die ich Ihnen deshalb nicht vorenthalten möchte.

Als wir gemeinsam am 14. Juli 1944 Mähr. Ostrau besuchten, beschäftigte uns schon damals in erster Linie der Südbau. Da ich Ihre Auffassung in vollem Umfange teile, dass die restlose Einschaltung der Witkowitz Eisenwerke in die Rüstungsfertigung rasch durchgeführt und dass insbesondere der Südbau mit der erforderlichen Schnelligkeit zum Hochlauf gebracht werden muss, habe ich im Oktober 1944 eine eingehende Überprüfung des Leistungsstandes der Witkowitz Eisenwerke veranlasst, um gleichzeitig über die damals vorliegende Arbeitskräfteanforderung meine Entscheidung treffen zu können. Unmittelbare Veranlassung gab mir dazu der Bericht des Majors Bock, der u.a. mit Recht auch darauf hinwies, dass die Ausrichtung der Fertigungszeiten nach Refagrundsätzen zu langsam vor sich gehe. Da ich am 1. Dezember 1944 den Vorsitz in der Rüstungskommission für das Protektorat Böhmen und Mähren übernommen habe, sind die Witkowitz Eisenwerke auch insoweit unmittelbar meiner Betreuung unterstellt, sodass ich jetzt noch erhöhten Wert darauf legen muss, die Entwicklung laufend zu beobachten und vorwärts zu treiben.

08078

Jan. 1945

Die Betriebsuntersuchung des von mir nach Witkowitz entsandten Jng. Wunderlich, deren Ergebnis von Generaldirektor Wlk und dem Arbeitseinsatzingenieur als richtig anerkannt worden ist, ergab, dass für die Durchführung der Planung im Südwerk noch folgende Kräfte zu stellen waren:

November 1944	480 Kräfte
Dezember 1944	520 "
Januar 1945	800 "

Die Ermittlung dieses Bedarfs erfolgte nach Rücksprache mit Oberst Lippert (OKH) und Direktor Raschka auf der Grundlage der gemeinsam aufgestellten zweiten Planung für den Munitionsausstoss des Südwerkes. Dabei wurde ein 2monatlicher Vorlauf für die Arbeitskräfte vorgesehen, damit diese in der Zwischenzeit für die Fertigung umgeschult werden konnten.

Das Arbeitsamt Mähr.Ostrau hat dann auf Grund meiner Weisung den Witkowitz Eisenwerken im November 1944 511 Arbeitskräfte zugeweiht mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, dass sie für das Südwerk bestimmt seien. Tatsächlich sind aber von Direktor Raschka nur 91 Arbeitskräfte angefordert worden, die ihm gestellt wurden; alle übrigen zugewiesenen Kräfte wurden auf die anderen Werke verteilt, ohne dass das Arbeitsamt hiervon verständigt wurde. Der natürliche Abgang wurde durch Ersatzstellung gesondert befriedigt. Als die Tatsache der anderweitigen innerbetrieblichen Kräfteverteilung bekannt wurde, habe ich eine erneute Betriebsüberprüfung veranlasst um festzustellen, ob die im Oktober 1944 für den Einsatz und die Mobilisierung der Leistungsreserven festgelegten Massnahmen inzwischen durchgeführt waren.

Diese Untersuchung ergab, dass das Südwerk keineswegs die Fortschritte gemacht hatte, die nach den Ermittlungen vom Oktober 1944 erwartet werden konnten. Als Grund für diese Tatsache haben die Sachbearbeiter der Witkowitz Eisenwerke folgendes angeführt:

- 1.) Die gelieferten Vorrichtungen, Werkzeuge und Betriebseinrichtungen seien nicht vollständig angeliefert worden, z.T. hätten sie nachbearbeitet und ergänzt werden müssen;
- 2.) die erforderlichen Maschinen seien nicht im geplanten Umfange eingegangen;

37040



3.) das notwendige Material sei infolge der Lage im Westen und der Transportschwierigkeiten nicht vorhanden.

Auf Grund der Entwicklung wurde vom Betrieb inzwischen die dritte Planung für den Südbau aufgestellt, die aber voraussichtlich wiederum nicht eingehalten werden kann.

Nach dem mir erstatteten Bericht machte auch Mitte Dezember 1944 der Südbau noch immer den Eindruck eines keineswegs ausgenutzten Werkes. Sehr viele Maschinen sind unbesetzt. Wenn auch der grössere Anteil der stillgelegten Maschinen auf die im Auslauf befindliche Fertigung der 8,8 cm Panzergranate entfällt, so ist doch besonders auffallend, dass auch Maschinen für das neu anlaufende Programm (Sprenggranate) stillstehen. Mit den vorhandenen Betriebsmitteln hätte nach dem Gutachten des Sachverständigen wesentlich mehr erzeugt werden können, wenn die Materialsteuerung für den Südbau nicht so verwickelt und unübersichtlich wäre. Insofern nehme ich auf die Niederschrift Bezug, die Ihnen über das Ergebnis des Besuches des Jng. Wunderlich von den Witkowitz Eisenwerken unmittelbar zugeleitet wurde. Aus der beigelegten Zusammenstellung, die sich in Teil A auf die Feststellungen des Jng. Wunderlich, in Teil B auf die Angaben der Generaldirektion stützt, gehen gleichfalls die Einzelheiten hervor. Um eine Besserung in der Materialanlieferung und -auswertung zu erwirken, habe ich gleichzeitig den Rüstungsobmann Generaldirektor Dr. Adolf gebeten, auch von seinem Bereich aus helfend einzugreifen.

Jedenfalls muss im Augenblick davon ausgegangen werden, dass der für die Massenfertigung notwendige Materialvorlauf nicht sichergestellt ist.

Im Einverständnis mit Direktor Raschka ist daher zunächst eine weitere Zuweisung von Arbeitskräften für den Südbau gestoppt worden und zwar so lange, bis Direktor Raschka mitteilt, dass für die neuen Arbeitskräfte auch hinreichend Arbeit vorhanden ist. Leider sehe ich aber auch nicht die Gewähr dafür als gegeben an, dass die Arbeiter rechtzeitig auf die Fertigung im Südbau umgeschult werden. Trotz eindringlicher Hinweise und wiederholter Zusagen war im Dezember 1944 die Umschulungswerkstätte noch nicht errichtet. Es muss somit befürchtet werden, dass

Arbeiter mit geringerem Leistungsgrad angesetzt werden müssen, falls sich die Notwendigkeit eines schnelleren Hochlaufs ergeben sollte.

Im Oktober 1944 wurden den Witkowitz Eisenwerken weiter folgende Anregungen gegeben:

- 1.) Klare Kontrolle der vorhandenen einsatzfähigen Betriebsmittel,
- 2.) einfache und übersichtliche Fertigungssteuerung,
- 3.) Führung einer Betriebsstruktur, aus der der Einsatz der Arbeitskräfte übersichtlich zu ersehen ist,
- 4.) Überwachung der Auslastung der für den Ausbau angesetzten Arbeitskräfte,
- 5.) Senkung des hohen Ausschußsatzes,
- 6.) Verstärkung des Unterführerkorps,
- 7.) Einführung der lohnordnenden Massnahmen,
- 8.) Durchführung einer refamässigen Arbeitsvorbereitung.

Keiner dieser Anregungen war bis Mitte Dezember 1944 noch entsprochen worden. Erst auf erneute Hinweise hin wurde dann die Durchführung der unter 3) und 7) angeregten Massnahmen in Angriff genommen.

Nach den gemachten Beobachtungen und Erfahrungen kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass bei der Steuerung des Fertigungsprogramms des Südbaues nicht die Zielstrebigkeit und Durchschlagskraft gezeigt werden, die angesichts der Bedeutung der dort liegenden Munitionserzeugung geboten sind. Ich würde es daher sehr begrüßen, wenn Sie sich als Betriebsführer der Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft dafür einsetzen würden, dass alle Möglichkeiten vom Betrieb restlos ausgeschöpft werden, die der Leistungssteigerung dienen. Ich werde dabei sowohl durch das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit als auch durch die Rüstungskommission weiterhin nach Kräften alle Massnahmen des Betriebes mit Nachdruck unterstützen, damit der gemeinsam erstrebte Erfolg möglichst rasch erreicht wird.

Für eine Mitteilung ~~über~~ Ihre Stellungnahme wäre ich Ihnen verbunden.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

(gez.) Bertsch.

37039

